

Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine

Herausgeber: Schweizer Heimatschutz

Band: 87 (1992)

Heft: 4

Artikel: EWR und EG aus der Sicht des Landschaftschutzes : kritischer Blick (auch) nach innen

Autor: Rodewald, Raimund

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-175554>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EWR und EG aus der Sicht des Landschaftsschutzes

Kritischer Blick (auch) nach innen

von Dr. Raimund Rodewald, Biologe, Geschäftsleiter der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege, Bern

Die Zehntausenden von Seiten, die über die Vor- und Nachteile eines Beitrittes der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum verfasst wurden, lassen zwar keine vollends überzeugende Ja/Nein-Antwort zu, widerspiegeln dafür deutlich, wie sehr wir uns bereits einer sozialen Krise, vergleichbar mit derjenigen in den 30er oder 60er/anfangs 70er Jahre, angenähert haben. Wie damals geht es auch heute nicht primär um die Bewältigung eines zwar gewiss einschneidenden Sachverhaltes (EWR-Vertrag), sondern vielmehr um einen kritischen Blick nach innen, um eine grundsätzliche Analyse unserer gesellschaftlichen Errungenschaften.

Sagen wir es vorweg: Gefragt ist mehr als ein Ja/Nein zum EWR-Vertrag. Bedeutsamer wäre vielmehr eine neue Zielstrategie (das «Wie?»), welche die sich in unserem Lande stetig anhäufenden Defizite, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, Lebensqualität und Demokratieverständnis, abbauen hilft.

Die Schweiz als Gralshüterin?

Erstaunlich ist es für mich, wie sehr in verschiedensten EWR-Beiträgen in den Medien immer wieder die Schweiz als Gralshüterin in Sachen Umwelt- und Lebensqualität dargestellt wird. Doch wenn es so wäre, weshalb schreitet dann der quantitative Bodenverlust durch Verbauung in unserem Lande weiter fort, weshalb wird der Schutz unserer letzten Moorlandschaften trotz Verfassungsauftrag in Frage gestellt und weshalb werden weiterhin naturnahe Kulturlandschaften durch den expandierenden Tourismus ausgeräumt? Müssen wir nicht ehrlicherweise sagen, dass sich unsere Le-

bensqualität nicht in «Auto»-Mobilität und Konsum erschöpft, sondern gerade dadurch heute immer mehr eingeschränkt wird? In diesem Sinne bringt es die BUWAL-Studie über die ökologischen Folgen der europäischen Integration (Schriftenreihe Umwelt Nr. 177) auf den Punkt: «Die Umweltsituation in der Schweiz ist nicht primär von der Frage Alleingang, EWR-Vertrag oder EG-Beitritt abhängig» und «in jedem Fall besteht ein grosser ökologischer Handlungsbedarf». So lapidar diese Aussage tönen mag, so steckt doch die klare Aufforderung dahinter, den Umbau unserer Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit, was die endlichen Umweltgüter betrifft, jetzt und konsequent in Angriff zu nehmen. Die Verheiratung von Ökonomie und Ökologie (zur Ökologie), welche am UNO-Gipfel in Rio beschworen wurde und im Grundsatz auch von kaum jemandem bestritten wird, muss deshalb endlich mit Inhalten gefüllt werden. Entsprechende Konzepte wie ökologische Steuerreform, Lenkungs-

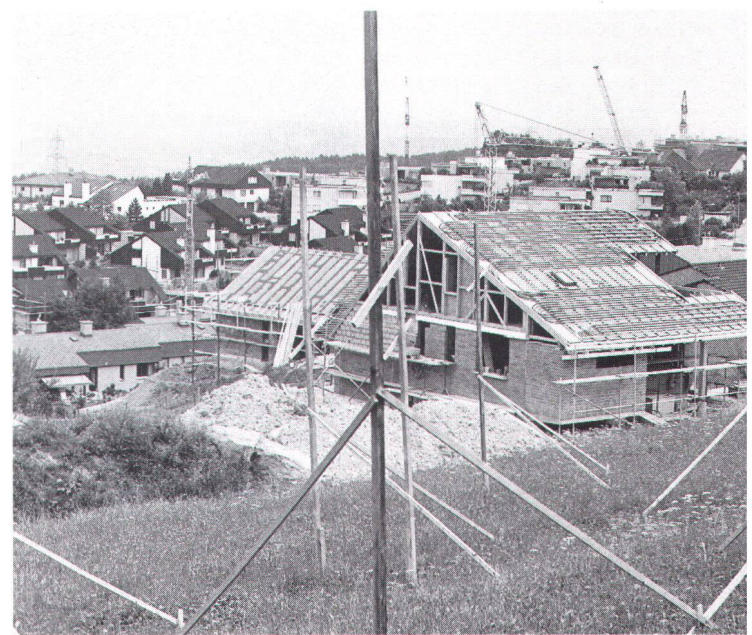
massnahmen, Internalisierung externer Kosten sind bereits seit einiger Zeit, teilweise schon seit 20 Jahren (Entwurf Schürmann zum Umweltschutzgesetz, 1973) bekannt. Obwohl ein entsprechender Handlungswille zurzeit von unseren Behörden höchstens ansatzweise sichtbar wird, so stellt sich dennoch die Frage, inwieweit die europäische Integration, findet sie am 6. Dezember statt oder nicht, diese schwache Vollzugsbereitschaft der Schweiz noch gar fördert (Abreizfunktion) oder ob andererseits vielleicht eine neue Motivation entsteht, als integriertes Mitglied der EWR-Gemeinschaft den eigenen ökologischen Tatbeweis zu erbringen (Anreizfunktion).

Landschaftsschutz nicht irrelevant

Der Grund, weshalb die Umweltkritik an den einzelnen Staat nicht nur in unserem Land, sondern europa- und weltweit immer lauter wird, liegt wohl darin, dass der Umweltgedanke bisher zur Hauptsache begleitend, aber nicht integrativ behandelt wird. Die Ökologie – seit dem Rio-Gipfel ein «world class topic» – ist bislang im Räderwerk eines quantitativen ausbeuterischen Wirtschaftswachstums stecken geblieben. Der Natur- und Landschaftsschutz ist oft zur Alibiübung verkommen und dient nicht selten dazu, für die weitere Landschaftsausräumung eine Begründung zu geben (so können beispielsweise Grossebauvorhaben wie Autobahnen, Kraftwerke oder Kiesabbaustellen durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung und den darin verlangten flankierenden Massnahmen «umweltverträglich» werden). Erschwerend kommt hinzu, dass unter Landschaftsschutz auch heute noch zumeist ein

Ein EWR-bedingter Wirtschaftsaufschwung konzentrierte sich vorab auf die grossen Ballungszentren und rief dort wohl nach neuen Einzonungen für Wohnbauten (Bild Roelli).

Un essor économique dû à l'EEE se concentrerait d'abord sur les grandes agglomérations, ce qui susciterait la création de nouvelles zones à bâtir.



flächenmässig begrenzter Objektschutz verstanden wird, während der Hauptthrust der uns umgebenden Landschaften als Überreste der Nutzungsplanung und somit als Spiegelbild unserer momentanen gesellschaftlichen Handlungs- und Denkweise (L. Burkhardt) unbedeutend verbleiben.

Aus diesen Gründen ist es auch bezeichnend, dass in den an sich schon wenigen Publikationen über die Umweltsituation in der EG und die Auswirkungen auf die Schweiz im Falle eines Beitritts zum EWR kaum etwas direkt über Natur- und Landschaftsschutz zu finden ist (offiziell gilt der Bereich Natur- und Landschaftsschutz als nicht vom EWR/EG-Recht betroffen). Dennoch werden künftig zweifellos die landschaftsrelevanten Nutzungsansprüche unter dem Druck von EWR/EG in unserem Lande steigen. Wenn wir diesen dann keine konzeptionellen und planerischen Präventivmassnahmen entgegenstellen (können), so wird die europäische Integration das bisherige quantitative umweltzerstörende Wachstum weiter fördern.

Was geschähe, wenn...

Ohne Erlass von Gegenmassnahmen (siehe unten) ist beispielsweise mit folgenden

EWR-Szenarien für die Schweiz zu rechnen:

Beispiel 1: Tourismus

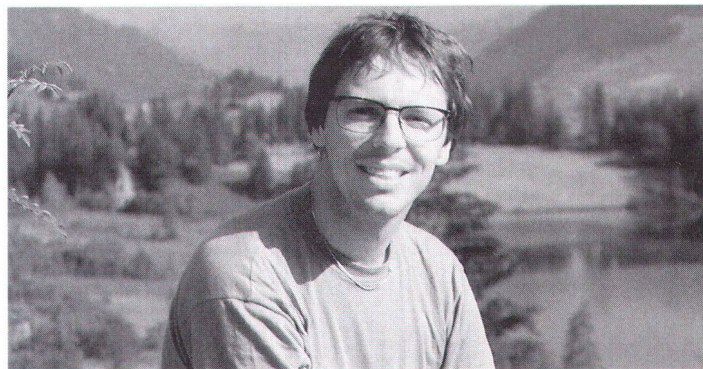
Die Aufhebung der Lex Friedrich, verbunden mit dem stetigen Ausbau des internationalen Verkehrsnetzes und der engeren internationalen Zusammenarbeit zur Förderung des Tourismus, dürfte ohne Gegenmassnahmen einen neuerlichen Schub im Zweitwohnungsbau in den Alpen auslösen. Dadurch und in Verbindung mit der zunehmenden Konkurrenzsituation würde auch ein Weiterausbau des touristischen Angebotes (Freizeit- und Sporteinrichtungen) angekurbelt werden. Auf den Immobilienmärkten von Hamburg, London und Madrid dürfte dann über die weitere Verferienhäuslung der Alpen entschieden werden.

Beispiel 2: Siedlungsstruktur

Obwohl sich fast alle Regionen in der Schweiz dank der verbesserten verkehrstechnischen Einbindung in Europa (NEAT, Hochgeschwindigkeitsbahnnetz, künftige grenzüberschreitende Autobahnen (N16, N7, N4, Hochtalautobahn) ein Wirtschaftswachstum erhoffen, dürfte sich dieses gemäss dem Umweltbericht des BUWAL auf die grossen Ballungsgebiete konzentrieren, während die peripheren Regionen eher benachteiligt werden. In den Agglomerationen würde der Ruf nach Ausscheidung neuer Bauzonen wieder lauter werden.

Beispiel 3: Verkehr

Die von der EG geförderte künstliche Verbilligung von Transport und Energie (Wegfall des staatlichen Protektionismus) führt zu einer enormen Zunahme der Mobilität v. a. im Güterbereich (Verdoppelung bis ins Jahr 2010), aber auch im Personenverkehr. Gleichzeitig ist auch mit Preissenkungen (bis zu 10 Prozent) für Neuwagen zu rechnen. Der Strassenverkehr dürfte weiterhin unge-



Neu am SL-Ruder: Raimund Rodewald (Bild SL).

Nouveau à la barre de la FSPAP: M. Raimund Rodewald.

Wechsel bei der SL

Von Hans Weiss zu Raimund Rodewald

Nach 22jähriger Tätigkeit ist Hans Weiss, Kulturingenieur und Ehrenmitglied des Schweizer Heimatschutzes, diesen Sommer als Geschäftsleiter der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SL) zurückgetreten, um die Geschäftsführung des 1991 vom Bundestparlament geschaffenen Fonds zur Gestaltung und Pflege von naturnahen Kulturlandschaften zu übernehmen.

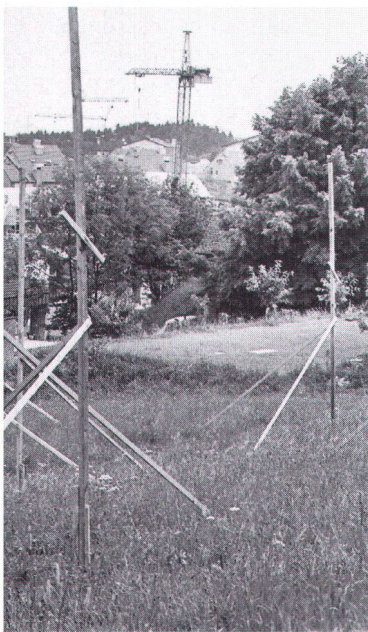
Mit Hans Weiss ist für die SL und ihre Trägerorganisationen gleichsam eine Ära zu Ende gegangen, hat er doch die Stiftung von Anfang an entscheidend geprägt. Vor allem aber hat er massgeblich dazu beigetragen, den Landschaftsschutz in Bevölkerung und Politik unseres Landes salonfähig zu machen. Neben einer umfangreichen Tätigkeit als Autor von Fachbüchern und Fachartikeln, als Referent und Diskussions Teilnehmer an zahllosen Veranstaltungen, TV- und Radiosendungen sowie als Dozent an der ETH Zürich, hat er sich auch durch seine praktische Arbeit zugunsten des Landschaftsschutzes einen Namen geschaffen. Mit Hans Weiss verbunden sind zum Beispiel der Schutz der Oberengadiner Seenlandschaft, des Münstertales GR, des Baltschiedertales VS, der Rheinauen oder der Greina-Hochebene. Schaum-

schlägereien abhold, war er stets auf die Auseinandersetzung mit konkreten Sachfragen besonders im alpinen Raum bedacht und zog er den pragmatischen Weg mit sicheren Erfolgen grossen, aber unrealistischen Wunschträumen vor. Für seine Unerschrockenheit, seine Treue zur Sache, seine stets auch von hoher Fachkompetenz, liberaler und toleranter Gesinnung begleiteten Arbeit sei Hans Weiss an dieser Stelle herzlich gedankt.

Seine Nachfolge als Geschäftsleiter der SL hat auf den 1. Juli 1992 der heute 33jährige Dr. phil. Biol. Raimund Rodewald angetreten, der seit anfangs 1990 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dienste der Stiftung stand. Als gebürtiger Schaffhauser absolvierte er an der Universität Zürich ein Botanikstudium, das er mit einer Dissertation über Pflanzensoziologie abschloss. Zudem besitzt er das Diplom für das höhere Lehramt. Bevor Rodewald zur SL kam, war er beim WWF Schaffhausen tätig und bearbeitete er in der Lokalpolitik sowie beim Lokalradio Munot Ökologiethemien. Wir wünschen dem neuen «Kopf» der SL viel Kraft und Freude bei der Bewältigung seiner vielfältigen Aufgaben zugunsten unserer Landschaft.

Marco Badilatti

Fortsetzung Seite 17



EEE, CE et protection du paysage

Un coup d'œil critique est (aussi) nécessaire pour nous-mêmes

par M. Raimund Rodewald, secrétaire de la Fondation suisse pour la protection du paysage, Berne (résumé)

Les dizaines de milliers de pages déjà publiées sur l'Espace économique européen persuadent moins de voter oui ou non qu'elles ne montrent à quel point nous avons été près d'une crise sociale analogue à celles des années 30 ou 70. Comme alors, il ne s'agit pas de maîtriser un fait certes important (traité EEE), mais de procéder à une analyse approfondie de notre propre acquis communautaire et de nos déficiences, particulièrement en ce qui concerne la protection de l'environnement, la qualité de la vie et notre conception de la démocratie.

Une chose me frappe, dans les médias, lorsqu'ils parlent de l'EEE: la Suisse est toujours présentée comme exemplaire en matière de protection de l'environnement... Comment se fait-il alors que notre sol soit de plus en plus sacrifié à la construction, que les derniers marais disparaissent en dépit d'une disposition constitutionnelle, ou que les paysages cultivés continuent à être victimes de l'expansion touristique? Une étude de l'Office fédéral pour l'aménagement nous le dit: la situation de l'environnement en Suisse ne dépend pas en premier lieu de notre adhésion à l'EEE, à la CE, ou de notre abstention; dans tous les cas existe un besoin impérieux de mesures écologiques. Notre économie, en particulier, doit se transformer durablement en ce sens.

Dans quelle mesure l'intégration européenne contribuera-t-elle à inciter notre pays à donner des preuves de sa volonté écologique, ou au contraire à persévérer dans ses timides dispositions actuelles? Dans les autres pays aussi, des critiques

s'élèvent. On constate que l'écologie est prise dans l'engrenage de la croissance économique quantitative; qu'elle sert souvent d'alibi (telle étude de compatibilité avec l'environnement laisse une grande

marge à la destruction des sites); qu'on protège des objets limités, mais tout ce qui les entoure étant sacrifié. Même si les publications européennes sont très rares concernant ces sujets, il ne fait pas de doute que notre pays subira de toute façon des pressions de l'EEE/CE. Sans contre-mesures, voici par exemple ce qui se passera: 1. La suppression de la Lex Friedrich, l'extension du réseau international de trafic et le développement touristique provoqueront une demande accrue de résidences secondaires. 2. La croissance économique, qui se concentrera sur les agglomérations, suscitera de nouvelles créations de zones à bâtir. 3. L'accroissement de la mobilité des biens et des personnes entraînera la construc-



Du fait de la concurrence étrangère pour nos spiritueux, une grande quantité de nos arbres fruitiers pourraient disparaître. Wegen der Konkurrenzierung hiesiger Brantweine durch ausländische dürfen die hochstämmigen Obstbaumbestände weiter sinken (Bild SL).

tion de nouvelles routes principales et l'extension des anciennes. 4. Les transports d'énergie par-dessus les frontières feront surgir de nouvelles lignes à haute tension. 5. L'augmentation de la concurrence dans le secteur des spiritueux peut provoquer la disparition des arbres fruitiers dans nos paysages.

Existe-t-il chez nous la volonté politique de prendre les mesures propres à atténuer les conséquences du grand marché 93? Le climat actuel est plutôt marqué chez nous (comme au début des années 70) par une attitude anti-étatique, en complète contradiction avec les mesures écologiques nécessaires. Parallèlement, on constate une tendance à remettre en question les mesures prises jusqu'ici, qu'il s'agisse d'aménagement du territoire, de protection de la nature ou du droit de recours des associations.

Il y a certes de vives réactions régionales (lutte du val Bregaglia contre le trafic de transit; de Gléresse pour la protection de son site; chez nos voisins, combat du Tyrol du Sud contre les achats de terrains de gens de l'extérieur). Réactions contre l'incapacité du centralisme (supra)-étatique. Mais ne nous faisons pas d'illusions: le marché européen va encore encourager la croissance économique quantitative. Principales raisons: la libre circulation des marchandises implique une infrastructure destructrice de l'environnement (la CE a prévu 120 000 km de nouvelles autoroutes); les dispositions européennes en faveur de l'environnement exigent l'unanimité, ou du moins une majorité qualifiée, d'où mini-mesures au niveau du plus petit dénominateur commun; les mesures prises par les Etats membres ne devront pas faire le moindre obstacle au commerce (preuves à l'appui); depuis sa création, la CE a émis plus de 400 directives, mais qui le plus souvent ne sont pas suivies.

Cette inaction rappelle singulièrement le défaut d'application, en Suisse, des dispositions légales...

brochen zunehmen. Ohne flankierende Massnahmen (z. B. Alpen-Initiative) wird trotz NEAT und Transitvertrag längerfristig der Druck auf den Aus- und Neubau von Hauptverkehrsstrassen anwachsen. Die mit dem Mehrverkehr verbundene allgemeine Abnahme der Lebensqualität in den Wohn- und Arbeitsgebieten entlang der Hauptverkehrsachsen dürfte zu einer verstärkten Belastung von (Nah-)Erholungslandschaften beitragen (Flucht ins Grüne).

Beispiel 4: Stromtransport

Da mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes der Energieverbrauch zweifellos weiter steigen wird und zudem Pläne für einen grenzenlosen Strommarkt existieren, dürften auch die Stromtransportwege zunehmen und neue Höchstspannungsleitungen in unserem Lande gebaut werden. Andererseits dürften neue Grosskraftwerke, wie Grimsel-West, oder allenfalls neue Kernkraftwerke kaum mehr rentabel sein.

Beispiel 5: Feldobstbau

Aufgrund der Vereinheitlichung der Steuersätze auf in- und ausländische Branntweine und der zunehmenden Importkonkurrenz ist zu befürchten, dass insbesondere der Absatz von (teurem) inländischem Kirschwasser zurückgehen dürfte, womit ohne Gegenmassnahmen hochstämmige Obstbäume (beispielsweise die Kirschbäume am Vierwaldstättersee) aus unseren Landschaften verschwinden werden. Vergleicht man die in der letzten Zeit deutlich zurückbuchstabierten wirtschaftlichen EWR-bedingten Wachstumsprognosen (vgl. Strahm 1992) mit den Folgelasten durch Landschaftsverbrauch, so wäre der Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum für die Schweiz kaum gewinnbringend. Gleichzeitig muss aber auch davon ausgegangen werden, dass die oben erwähnten Szenarien in wohl abgeschwächter Form und zeitlich verzögert auch für den



L'augmentation des importations d'électricité implique très probablement de nouvelles lignes à haute tension dans nos paysages; en revanche, certains projets de forces motrices pourraient devenir caducs.

Der erhöhte grenzüberschreitende Stromtransport wird zwar vermutlich mehr Leitungen durch unser Land nach sich ziehen, umgekehrt dürften einige Kraftwerkprojekte hinfällig werden (Bild Roelli).

Fall eines Alleinganges der Schweiz eintreten dürften.

Zweifel am Handlungswillen

Es stellt sich deshalb grundsätzlich die Frage, ob in unserem Land die politische Bereitschaft überhaupt vorhanden ist, im Umweltschutz und in anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen die nötigen Vorkehren zu treffen, um die Folgelasten des Binnenmarktes 93 zu minimieren. Ähnlich wie in den frühen 70er Jahren zu Beginn der Konjunkturkrise prägt auch heute eine eher anti-etatistische Grundhaltung die politische Diskussion. Die Forderung nach einem vermehrten ökologischen Handlungsbedarf steht dieser Deregulationswelle diametral entgegen. In der ganzen Entstaatlichungsdebatte sind auch Tendenzen sichtbar, welche die bisherigen Umweltschutzleistungen, sei es im Bereich Raumplanung, Moorschutz, Mitspracherecht der Schutzverbände usw. in Frage stellen. Gleichzeitig bemühen sich verschiedene Regionen,

welche die Grenzen des quantitativen Wachstums zu spüren bekommen, dass, verbunden mit mehr Kompetenzen, gewisse Probleme auch pragmatischer und sachzwangfrei gelöst werden könnten.

Ein Beispiel hierzu liefert das Bergell, wo verschiedene Einwohner von Stampa nun konkrete Massnahmen zur Reduktion des Durchgangsverkehrs (namentlich aus Italien in Richtung Oberengadin) fordern. So sollte auf massentouristische Veranstaltungen, aber auch auf einen weiteren Strassenbau verzichtet werden, auch eine Kontingentierung des Ausflugsverkehrs mit dem Privatauto wurde verlangt. Die Gemeinde Dagmersellen LU wehrt sich im Einklang mit betroffenen Einwohnern und Landschaftsschutzverbänden gegen eine Verdrahtung ihres geschützten Lutertales mit einer Starkstromleitung. Die Gemeinden Mollis, Malans und Hausen a. A. wehrten sich erfolgreich gegen einen von kantonalen und eidgenössischen Behörden bereits absegneten Forststrassenbau. Die Erhaltung des

Orts- und Landschaftsbildes ist auch für die Gemeinde Ligerz BE seit Jahrzehnten erste Priorität, ihr langjähriger Widerstand gegen die offene Linienführung der N5 und der SBB-Doppelspur war letztlich auch erfolgreich.

Auch in den EG-Staaten ist ein verstärkter Handlungswille einzelner von der «Kehrseite der Medaille» besonders betroffener Regionen spürbar, sei es das Südtirol, das sich gegen den Erwerb von Grundstücken durch Aus- und Inländer (Nicht-Einheimische) wehrt, das Altmühltal, das die Landschaftszerstörung durch das gigantische Projekt des Rhein-Main-Donaukanales dank ihrer Hartnäckigkeit wenigstens einigermaßen in Grenzen halten konnte oder die Bewohner der Insel Rügen, die sich einer neuen Schiffswerftanlage in landschaftlich sensibler Lage erfolgreich widersetzen konnten.

Bei aller Hochachtung des neuen regionalen Bewusstseins, so ist dieses doch offensichtlich eine Reaktion auf das Unvermögen des (supra-)staatlichen Zentralismus. Gerade in bezug auf den Umweltschutz müssen wir uns keinen Illusionen hingeben: Der Binnenmarkt fördert ein quantitatives Wachstum, das generell als ressourcenschädigend bezeichnet werden muss. Stellvertretend für diese weitverbreitete, mit vielen Beispielen belegbare und kürzlich auch vom Rechnungshof der EG geäusserte Umweltkritik an der EG soll die folgende Aussage der Task Force-Studie über Umweltauswirkungen des EG-Binnenmarktes (1989) stehen: «Ohne starken politischen Willen und ohne ein Umdenken in den bisher gültigen Wirtschaftsmechanismen wird der schrankenlose Binnenmarkt mit einem schmutzigen Wachstum verbunden sein. Es muss befürchtet werden, dass die Chance, die ökologischen Belange in die Regelungen des schrankenlosen Binnenmarktes mit einzubeziehen, vertan wird.»

Schluss S. 18

Und die kulturellen Folgen der Integration?

Eher Positives zu erwarten

von Marco Badilatti, Publizist, Zumikon

Systemschwächen

Die Ursachen für das ökologische Versagen der EG scheinen systembedingt zu sein: (1) Die Schaffung des freien Warenverkehrs als eines der vier Hauptziele der EG bedingt einen umweltzerstörerischen Infrastrukturausbau. Während die Schweiz auf die NEAT setzt, wird den EG-Staaten der Bau von 12000 zusätzlichen Autobahnkilometern nahe gelegt; (2) Der Umweltschutz ist zwar als Vertragsziel festgeschrieben worden, entsprechende Umweltschutzmassnahmen verlangen aber primär eine Einstimmigkeit (oder zumindest ein qualifiziertes Mehr) unter der Gemeinschaft, damit ergeben sich zwangsläufig nur Mindestnormen auf Höhe eines kleinstmöglichen Nenners; (3) Einzelstaatliche weitergehende Umweltmassnahmen dürfen gemäss einer weiteren Bestimmung kein Handelshemmnis darstellen (ein Nachweis ist hierfür erforderlich); (4) Seit ihrer Gründung hat die EG mehr als 400 rechtsverbindliche Richtlinien über den Umweltschutz erlassen, diese werden aber teilweise von den Mitgliedstaaten gar nicht vollzogen (etwa UVP-, Trinkwasser-, Vogelschutz-Richtlinie); (5) Ausgeschüttete Fördermittel (Subventionen) widerlaufen teilweise krass dem Prinzip des hohen Umweltschutzniveaus; (6) Die Überwachung der Einhaltung des EG-Rechtes obliegt dem Europäischen Gerichtshof, das europäische Parlament behandelt Petitionen. Beide Institutionen sind mit dieser Aufgabe allerdings zusehends überfordert. Dieses Handlungsdefizit der EG in Sachen Umweltschutz erinnert – in allerdings potenziert Weise – an den gesetzlichen Vollzugsnotstand in unserem Lande. Gewiss ist in beiden Fällen die Hoffnung auf Besserung vorhanden, nur besagt schon ein Sprichwort, dass die Redner nicht an ihren Versprechungen, sondern nur an ihren Taten gemessen werden können. Die Botschaft haben wir am UNO-Gipfel in Rio



Auf eine starke Internationalisierung folgt im Kulturbereich oft eine Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen (Archivbild SHS).

Une forte internationalisation est souvent suivie, dans le domaine culturel, d'un retour aux traditions autochtones.

Unser Land ist kulturell vielfältig mit Europa verbunden. Ein näherer Anschluss an die europäische Gemeinschaft würde diese Bande noch verstärken. Mit welchen Folgen für unsere eigene(n) Kultur(en)? Ein Redaktionsgespräch mit Dr. Alfred Defago, Direktor des Bundesamtes für Kultur (BAK), kam zu einer günstigen Beurteilung.

Seit langem pflegt die Schweiz kulturellen Austausch mit dem Ausland, und zwar auf allen drei Ebenen unseres Staatswesens (Gemeinden, Kantone und Bund) sowie im Privatbereich. Auch umfasst diese Tätigkeit ein sehr breites Spektrum. Sie reicht, um als Beispiel die vom Bund getragene Kulturstiftung Pro Helvetia herauszugreifen, von der bildenden Kunst über den Film, die Musik, das Theater und den Tanz bis zur Literatur. Der von ihr geförderte Kulturaustausch beschränkt sich dabei nicht nur auf Europa, sondern schliesst auch Kontakte mit Ländern in Übersee und andern Kontinenten ein.

Engere Zusammenarbeit

In den letzten Jahren ist diese internationale Arbeit auch vom

Bundesamt für Kultur intensiviert worden, namentlich im Bereiche der Kulturförderung. Auf europäischer Ebene laufen die entsprechenden Bemühungen namentlich über den Europarat. Alle zwei Jahre findet eine europäische Kulturministerkonferenz statt, die jeweils einem Schwerpunktthema gewidmet ist. Seit 1990 hat sich dieses Gremium auch immer mehr Osteuropa geöffnet. Sporadisch treffen sich sodann die europäischen Minister zur Erhaltung und Pflege des baulichen Erbes zu einem zwar mehr konsultativen Erfahrungsaustausch, von dem jedoch auch manche wichtige Impulse ausgehen. Engere bilaterale Kontakte werden besonders mit unsern Nachbarländern gepflegt, so mit Österreich und Frankreich, deren

Kulturbetrieb zentralistischer organisiert ist, mit Deutschland, das keine Bundeskulturstelle kennt und wo die entsprechenden Befugnisse bei den einzelnen Bundesländern liegen. Am weitesten gediehen sind die Beziehungen zu Italien. Hier besteht eine gemeinsame Konsultativkommission, die sich regelmässig trifft, sich mit allen gegenseitig interessierenden Kulturfragen befasst, entsprechende Projekte behandelt und die als multikulturelles Koordinationsorgan wirkt. Seit einiger Zeit warten immer mehr auch osteuropäische Kulturministerien bei uns auf, mit denen der Bund verschiedene Projekte entwickelt, darunter solche auf dem Gebiet der Denkmalpflege, weil dafür in diesen Ländern nicht nur ein grosser Finanz-, sondern auch Know-how-Bedarf besteht. Und was wird seitens des Bundes ausserhalb Europas geleistet? Alfred Defago: «Auf Anstoss Senegals bereiten wir zurzeit den Beitrag der Schweiz an die Kunst-Biennale vom kommenden Dezember in Dakar vor, das sich immer mehr zur Kunstmetropole Westafrikas